

Kommentar

Für eine Verschiebung der Europäischen Währungsunion gibt es keinen sachlichen Grund

Im Vorfeld der geplanten Europäischen Währungsunion häufen sich die ablehnenden Stellungnahmen. Zwar wird der völlige Verzicht auf die EWU nur von wenigen empfohlen, immer mehr Stimmen sprechen sich aber für eine Verschiebung aus. Doch auch dafür gibt es keine überzeugenden Gründe.

Daß nicht alle europäischen Länder schon reif sind für die EWU, rechtfertigt nicht deren Verschiebung, sondern nur die Beschränkung der ersten Teilnehmer auf die geeigneten Länder. Da die Währungsunion eine Zone absolut fester, irreversibler Wechselkurse sein wird, können daran nur Länder teilnehmen, die bereits über einen längeren Zeitraum keinen Abwertungsdruck mehr hatten: Dies nämlich ist der Markttest, daß sie zur Lösung ihrer wirtschaftlichen Anpassungsprobleme keine Wechselkursabwertungen benötigen. Gemessen daran haben sich sieben Länder schon längst für die EWU qualifiziert: Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Dänemark. Andere Länder wie Italien, Spanien und Portugal haben den Abwertungstrend ihrer Währungen gestoppt. Wenn sie – auf Grundlage passender Fundamentaldaten, nicht durch hohe Zinsen – die faktische Wechselkursstabilität weiter durchhalten, könnten auch sie in ein oder zwei Jahren der Währungsunion beitreten.

Eine Verschiebung der EWU ist auch mit Blick auf die Stabilität des Euro nicht erforderlich. Alles was institutionell für die Stabilität einer Währung getan werden kann, ist im Maastricht-Vertrag bereits bindend vereinbart: Die künftige Europäische Zentralbank ist der Geldwertstabilität verpflichtet, sie ist unabhängig von politischen Weisungen, sie darf sich nicht an der Finanzierung von Staatsdefiziten beteiligen. Wer den Partnerländern unterstellt, sie würden diese Vorgaben ignorieren, müßte begründen, welches Interesse die europäischen Länder an einer inflationären Entwertung des Euro haben könnten. Es ist doch gerade die Lektion der letzten zwei Jahrzehnte gewesen, daß sich Inflation nicht auszahlt, auch nicht für die Beschäftigung. Diese Einsicht hat zu den beispielhaften Stabilitätsanstrengungen in Europa geführt.

Somit bleiben die finanzpolitischen Kriterien. Auch Deutschland fällt es schwer, die 3-Prozent-Vorgabe für die Staatsdefizite und die 60-Prozent-Vorgabe für die Staatsschuld einzuhalten. Es mutet merkwürdig an, daß Deutschland deswegen für den Euro nicht qualifiziert sein sollte, hingegen für die D-Mark qualifiziert bliebe. Erstens: Die 3-Prozent-Grenze (auch die 60-Prozent-Grenze) ist im Maastricht-Vertrag – anders als es in der Öffentlichkeit immer wieder suggeriert wird – *nicht* als strikte Grenze vereinbart, vorübergehende und begrenzte Überschreitungen dieser Grenzen sind nach Würdigung des Einzelfalls zulässig. Zweitens: Die Sorge, daß hohe Haushaltsdefizite in Europa inflationär wirken könnten, ist unbegründet, weil sich die EZB nicht an der Finanzierung der Defizite beteiligen darf. Die verhängnisvolle Wirkungskette: Haushaltsdefizite – Geldschöpfung – Inflation droht also gar nicht. Drittens: Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wird nicht dadurch leichter, daß man die EWU verschiebt. Im Gegenteil: viele Gruppen würden die Befreiung von angeblichen Maastricht-Fesseln zum Anlaß nehmen, nur wieder für eine expansivere, sprich: höhere Defizite in Kauf nehmende Finanzpolitik zu votieren.

Es ist höchste Zeit, die Währungsunion und die Fiskalkriterien in eine vernünftige Relation zu bringen. Wir brauchen in der Tat die wirksame Begrenzung der Staatsdefizite in Europa – aber nicht als Voraussetzung für die Währungsunion, sondern im Interesse der effizienten Verwendung von Kapital in Europa: um nämlich zu verhindern, daß in Europa zu viel Kapital über die Finanzierung von Staatsdefiziten in öffentliche Verwendungen fließt und zu wenig für private Investitionen übrig bleibt. Das Interesse an der effizienten Kapitalverwendung besteht unabhängig davon, ob es zu einer Währungsunion kommt oder nicht. Das Beste wäre, das bisher bestehende Junktim zwischen Währungsunion und Fiskalkriterien aufzulösen. Europa sollte zum einen den vereinbarten Zeitplan für die Währungsunion (Start Anfang 1999) unabhängig von den Haushaltskriterien realisieren und sich bei der Auswahl der Start-Teilnehmer an dem Kriterium der langfristigen Wechselkursstabilität orientieren. Zum anderen sollte Europa eine wirksame Begrenzung der Haushaltsdefizite mit einem eigenen Zeitplan und unabhängig von der Währungsunion anstreben; insbesondere sollte klar gestellt werden, daß auch bei einem Platzen des EWU-Projekts die strikte Haushaltskonsolidierung verbindliches Ziel bleibt.

Rüdiger Pohl